

CHRISTOPHER M. WHITE:

Creating a Third World. Mexico, Cuba, and the United States During the Castro Era

Albuquerque 2007

University of New Mexico Press, 264 S.

Beim Vergleich der Geschichte Mexikos mit der Kubas lassen sich einige interessante Parallelen entdecken. Beide gehören der kleinen Gruppe von Ländern im lateinamerikanischen Raum an, die im 20. Jahrhundert Schauplatz einer veritablen Revolution waren. Gilt die mexikanische Revolution (1910–1929) als erster Fall einer markanten historischen Zäsur auf dem Subkontinent, so steht die kubanische Revolution (1959) für den folgenreichsten nationalgeschichtlichen Einschnitt in der Region, weil der politische Systemwechsel im Kontext des Kalten Krieges auch gewaltige geostrategische Implikationen generierte. Eine weitere Gemeinsamkeit bildet die Tatsache, dass es den Protagonisten der Revolution in beiden Fällen gelang, die politische Macht nach dem erfolgreichen Umsturz dauerhaft auf kleine Führungszirkel zu konzentrieren, wobei in Mexiko ein pseudo-demokratisch/autokratisches und in Kuba ein diktatorisches Herrschaftskonzept zum Tragen kam. Dies unterscheidet die beiden Länder von den zwei anderen lateinamerikanischen Schauplätzen »wirklicher« Revolutionen: In Nicaragua wurde das Machtmonopol der Sandinisten nach zehn, in Bolivien die Vorherrschaft des MNR nach zwölf Jahren gebrochen.

Zum Zeitpunkt der Machtergreifung Castros blickte die mexikanische Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die sich als Sachwalter des revolutionären Vermächtnisses verstand, bereits auf eine 30-jährige Regierungszeit zurück; 41 weitere Jahre sollten folgen.

Eine dritte Parallele bezieht sich auf das ausgeprägte Interesse der Hegemonialmacht USA an der politischen und wirtschaftlichen Situation in Kuba und Mexiko, was in erster Linie auf die geographische Nähe zurückzuführen ist. Mexiko verlor Mitte des 19. Jahrhunderts fast die Hälfte seines Territoriums an die USA, was im Zusammenhang mit dem wachsenden Macht- und Wohlstandsgefälle die Etablierung unverkrampfter bilateraler Beziehungen lange Zeit – und in gewisser Weise bis heute – behindert hat.

Lange Zeit schon Objekt der expansionistischen Begierde der USA, wurde Kuba nach Beendigung der spanischen Kolonialherrschaft in den ersten Jahrzehnten seiner republikanischen Existenz von Washington politisch unter Kuratel (»Platt-Amendment«) gestellt. Mit Ausnahme von Panama dürfte der Einfluss und die Abhängigkeit von den USA zur Mitte des 20. Jahrhunderts nirgendwo größer gewesen sein als dort. Mit dem Wechsel Kubas ins sowjetische Lager und den nachfolgenden Versuchen Castros, die kubanische Revolution in andere Länder Lateinamerikas zu exportieren, erhielt der Kalte Krieg in Nord- und Südamerika eine neue Dimension.

Der Strategie Washingtons, die lateinamerikanischen Länder auf eine gemeinsame politische Linie zu verpflichten, um Kuba in der Region zu isolieren, blieb ein voller Erfolg versagt, weil sich Mexiko weigerte, die US-Position zu unterstützen. 1964 war es allein Mexiko, das gegen den Ausschluss der kommunistischen Inselrepublik aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) stimmte. In den 1960er Jahren konnte Kuba in der Region einzig auf die Unterstützung Mexikos zählen, bis in den 1970er Jahren erste Risse in der anticastristischen Front sichtbar wurden, die sich dann in der nächsten Dekade deutlich verstärkten. Bis zum Machtverlust der PRI (2000) hat sich die mexikanische Regierung in (latein-)amerikanischen Foren und im Rahmen der UNO immer wieder als Verteidiger der kubanischen Souveränität, Kritiker des US-Handelsembargos und Fürsprecher eines friedlichen Miteinanders mit Castros Kuba profiliert, was im offiziellen Washington auf keinerlei Sympathien stieß. Kuba bezeichnete Mexiko in dieser Zeit stets als befreundete Nation und honorierte deren vom regionalen Mainstream abweichende Position unter anderem dadurch, dass Castro die realen Kräfteverhältnisse in der mexikanischen Politik stets akzeptierte und dort niemals oppositionelle Gruppen unterstützte. Das Sonderverhältnis zwischen Mexiko und Kuba im Machtschatten des Hegemons stellt aus zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Perspektive zweifellos ein besonders interessantes Kapitel der Historie der interamerikanischen Beziehungen dar. Obwohl die wesentlichen Bestimmungsfaktoren und die Grundzüge der dieser singulären Dreiecks-Konstellation inhärenten Logik und Dynamik bekannt sind, gibt es von einigen wenigen unveröffentlichten Dissertationen abgesehen auf dem Buchmarkt keine Studie, die das Thema in systematischer und erschöpfender Weise behandelt. Mit der unlängst publizierten Untersuchung von Christopher White ist ein Aspirant für die Schließung dieser Lücke auf den Plan getreten.

White geht richtigerweise davon aus, dass die besondere Beziehung (»special relationship«) zwischen Mexiko und Kuba nur in stetem Rückbezug zur Position und den Interessen der USA verstanden und erklärt werden kann. Der Autor sieht im mexikanisch-kubanischen Verhältnis ein Musterbeispiel für seine (trotz mehrfacher Wiederholung nicht sonderlich originelle) These, dass die internationale Politik während des Kalten Krieges nicht einseitig von den Supermächten dominiert worden sei, sondern auch Handlungsspielräume für Drittwelt-Staaten geschaffen habe, deren Nutzung es ihnen ermöglichte, die Konturen und Dynamik der internationalen Beziehungen mitzubestimmen. Ein gänzlich anderes Kaliber weist hingegen seine Hauptthese auf, zu deren Begründung er im Verlauf der Untersuchung zahlreiche Argumente und Belege präsentiert: White möchte die in Mexiko und Kuba immer wieder beschworene Einzigartigkeit der freundschaftlichen und solidarischen bilateralen Beziehungen als imaginäres Konstrukt entlarven, dessen geringe inhaltliche Substanz in einem krassen Missverhältnis zum offiziellen Diskurs seiner Protagonisten steht. Mexiko fiel zweifellos der schwierigste Part in diesem Dreierverhältnis zu, weil es die Interessen und Erwar-

tungen seines mächtigen Nachbarn nicht einfach ignorieren konnte. Laut White hat Mexiko den USA die Tolerierung seiner Castro-freundlichen Außenpolitik dadurch erleichtert, dass es die Bemühungen des Hegemons zur Zurückdrängung des kubanischen Einflusses in Lateinamerika insgeheim unterstützte. Diese Kooperation habe auch geheimdienstliche Aktivitäten der diplomatischen Vertreter Mexikos in Havanna eingeschlossen.

Ausgehend von einem historischen Rückblick auf die bilateralen Beziehungen bis zum Sturz Batistas legt White den Schwerpunkt seiner Betrachtung auf die Jahre 1959 bis 1970, welche den größten Teil der Amtszeit von Präsident López Mateos und das gesamte »sexenio« von Díaz Ordaz umfassen. Kapitel 2 thematisiert das Spektrum der innermexikanischen Reaktionen auf den Sieg Castros sowie dessen nachfolgende Hinwendung zum Sozialismus und die Bestrebungen der USA zur Eliminierung (Schweinebucht-Invasion) bzw. politischen Neutralisierung des kubanischen Regimes. Selbst durch die Ereignisse in Kuba stimuliert und erstarkt, entwickelte sich die primär aus dem »revolutionären« Flügel der Regierungspartei bestehende mexikanische Linke zu einem Hort der Solidaritätsbewegung mit Castro, an deren Spitze sich der legendäre Ex-Präsident Cárdenas engagierte. Am anderen Ende des politischen Spektrums formierten sich von der katholischen Kirche unterstützte konservative Kräfte und Verbände der Privatwirtschaft in antikommunistischen Organisationen, deren militante Propaganda nicht nur gegen Castros Kuba, sondern auch gegen dessen mexikanische Sympathisanten gerichtet war.

Spätestens mit dem Bruch zwischen Washington und Havanna erhielten sicherheitspolitische Erwägungen die Oberhand in der Lateinamerika-Politik der USA, und folglich wurde auch das mexikanisch-kubanische Verhältnis mit mehr Argwohn betrachtet. Während Kapitel 3 die Wahrnehmung der Entwicklung in Kuba und der diesbezüglichen Haltung Mexikos durch die US-Politik und -Öffentlichkeit behandelt, thematisiert das folgende Kapitel die kritischen Jahre 1962 bis 1964, in denen die Ausgrenzung der »roten Insel« aus der lateinamerikanischen Staatengemeinschaft erfolgte und Mexiko die einsame Position des einzigen Verbündeten des nunmehr zum Paria degradierten Kuba in der Hemisphäre übernahm.

Kapitel 5 enthält dann die Ausführungen, mit denen White die Oberflächlichkeit und Doppelbödigkeit der offiziell beschworenen bilateralen Solidarität nachweisen möchte. Das Ausmaß der geheimdienstlichen Kooperation Mexikos mit Washington in den Jahren 1964 bis 1970, als deren Schaltstelle die mexikanische Botschaft in Havanna fungierte, steht nach dem Urteil des Autors in deutlichem Widerspruch zur amtlich propagierten Partnerschaft. Die wenigen von White angeführten Fälle, in denen es zu Kontakten zwischen US-amerikanischen und mexikanischen Behörden bezüglich der politischen Umtriebe von Castro-Sympathisanten in Mexiko kam, rechtfertigen indes kaum die Behauptung eines »high level of enthusiasm and willingness to cooperate together against Cuba«

(S. 113). Ähnlich substanzarm erweist sich die These von der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der mexikanischen Botschafter in Havanna für die USA. Richtig ist, dass mit Wissen des mexikanischen Außenministeriums die internen Aufzeichnungen mehrerer Botschafter an die US-Regierung weitergeleitet wurden. White vermag aber keine einzige Information zu präsentieren, welche die Bezeichnung »sensitiv« verdient. Was das US-Außenministerium oder die CIA durch die mexikanischen Dossiers erfuhren, war weder geheim noch irgendwie sicherheitspolitisch relevant. Das Lob höchster US-Regierungsmitglieder für die mexikanischen Dienste darf nicht – wie es White nahelegt – als Maßstab für die Qualität der übermittelten Informationen interpretiert werden. In dieser Rhetorik spiegelt sich primär die Genugtuung der US-Seite, dass sich Mexiko durch derlei Aktivitäten trotz seiner ungeliebten Kuba-Politik als verlässlicher Verbündeter darzustellen suchte. Auch die im Zusammenhang mit dieser Argumentation stehende Behauptung, dass die USA rasch die Nützlichkeit des Verbleibs einer letzten lateinamerikanischen Botschaft in Havanna erkannt und damit die dissidente Haltung Mexikos insgeheim akzeptiert hätten, vermag nicht zu überzeugen: Der durch die kuba-politische Nonkonformität des aus US-Sicht wichtigsten lateinamerikanischen Landes herbeigeführte außenpolitische Prestigeschaden ließ sich durch wie auch immer geartete Vorteile einer diplomatischen Vertretung vor Ort schwerlich kompensieren.

Kapitel 6 thematisiert die Regierungszeit Echeverría, der die Beziehungen zu Kuba im Kontext seiner Bemühungen, Mexiko eine Reputation als Fürsprecher der Dritten Welt zu verschaffen, deutlich intensivierte. Auch in jener Zeit kamen zum Teil äußerst kritische Berichte zur Innen- und Außenpolitik Kubas aus der mexikanischen Botschaft in Havanna, die der Autor auch dann als angebliche Belege für die Übereinstimmung mit sicherheitspolitischen Bedenken Washingtons präsentiert, wenn sie Banalitäten betreffen oder – nicht selten – totalen politischen Nonsens enthalten.

Die Zeitspanne 1976 bis 2000 wird in einem einzigen kurzen Kapitel abgehandelt, wobei die Amtszeit von Ernesto Zedillo (1994–2000) nur gestreift wird. Die Pflege guter Beziehungen zu Kuba unter López Portillo (1976–1982) wurde dadurch erleichtert, dass nicht nur Mexiko, sondern die große Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten zu der von den USA präferierten militärischen Option zur Beilegung der Bürgerkriege und Konflikte in Zentralamerika auf deutliche Distanz ging. Die Maßnahmen zur Bewältigung der mexikanischen Schuldenkrise (ab 1982) gingen mit einer steigenden Abhängigkeit von den USA einher, die sich vorerst nur in einer atmosphärischen Beeinträchtigung der Beziehungen zu Havanna auswirkte, ohne die offiziellen Prinzipien und die äußere Form der mexikanischen Kuba-Politik spürbar zu tangieren. Kulminationspunkt der unter Salinas de Gortari (1988–1994) beschleunigten marktwirtschaftlichen Reformen bildete die Beteiligung an der NAFTA, durch die nicht nur die wirtschaftliche Verflechtung mit den USA eine neue Qualität annahm, sondern auch der reale au-

ßenpolitische Handlungsspielraum Mexikos verkleinert wurde. Seither hatte die Demonstration (außen-)politischer Dissidenz zu den USA mehr denn je symbolischen Charakter, bis nach Regierungsübernahme von Vicente Fox eine wirkliche Wende in der Kuba-Politik eintrat. Die konservative Partei der Nationalen Aktion (PAN), die seit jeher die kuba-freundliche Haltung des PRI kritisiert hatte, beendete die Ära der »special relationship« zwischen den beiden Ländern.

Der Bezug auf die revolutionären Wurzeln gehörte zum Identitäts- und Legitimationsritual des PRI-Regimes. Die Unterstützung der kubanischen Revolution bot der arrivierten PRI-Elite die Möglichkeit, das verblassende eigene Revolutionsimage aufzupolieren, um damit dem Vertrauensschwund bei einem Großteil der eigenen Parteibasis entgegenzuwirken und Potentiale im linken Wählerspektrum zu aktivieren. Die Kuba-Politik erwies sich zudem als ideale Bühne, auf der man immer wieder Nonkonformität und Eigenständigkeit gegenüber dem übermächtigen Nachbarn demonstrieren konnte. Im Kalkül der PRI übertraf der innenpolitische Nutzen den bilateralen Schaden. Für Kuba erhöhte sich die politische Bedeutung des bilateralen Sonderverhältnisses vor allem dann, wenn sich mexikanische Präsidenten motiviert sahen, die Beziehung durch konkrete Kooperationsprojekte und/oder symbolische Gesten demonstrativ aufzuwerten. Auch in der Studie von White finden sich Verweise auf solche elementaren funktionalen Zusammenhänge innerhalb dieses einzigartigen triangulären Beziehungsgeflechts, allerdings eher verstreut und nicht in verdichteter Form.

Gegen Whites Qualifizierung der offiziell propagierten Solidaritätsbande als substanzarm lässt sich nichts einwenden, auch wenn diese Einsicht keineswegs neu ist. Nicht akzeptabel ist indes die Begründung dieses Urteils durch eine angebliche antikubanische Kooperation der mexikanischen Regierung mit den USA, deren Beweis der Autor schuldig bleibt. »Oberflächlich« und zu einem Gutteil »konstruiert« war die Beziehung immer schon, insofern sie keinerlei Sympathien für das jeweils andere Gesellschaftsmodell einschloss, was dem beiderseitigen politischen Nutzen der weitgehend imaginären Freundschaft keinen Abbruch tat.

Seitenweise gibt White Stellungnahmen antikommunistischer mexikanischer Organisationen und Publikationsforen wieder, ohne dass klar wird, welche Reichweite und Bedeutung diese in der mexikanischen Innenpolitik besaßen. Die politische Linie der PRI-Regierungen haben sie offensichtlich nicht verändern können. Muten diese Passagen weitgehend überflüssig an, werden andere wichtige Aspekte der Problematik völlig ausgeblendet. So wäre es z. B. interessant gewesen, etwas zu der Art der Verbindungen Kubas zur Partei der Demokratischen Revolution (PRD) oder zur Haltung Havannas zum Zapatisten-Aufstand zu erfahren.

Fazit: Das Schlüsselwerk zum Dreiecksverhältnis zwischen Mexiko, Kuba und den USA in der Ära Castro muss erst noch geschrieben werden.

*Karl-Dieter Hoffmann,
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt*